

Australien führt Gefängnisstrafe für Hassverbrechen bei Antisemitismus ein

Australien führt verpflichtende Mindeststrafen für Hassverbrechen ein, um der steigenden Antisemitismus-Krise entgegenzuwirken. Neue Gesetze erlassen schwerere Strafen für extremistische Angriffe.

In Australien wurden strenge Gesetze zur Bekämpfung von Hassverbrechen eingeführt, einschließlich verpflichtender Mindeststrafen für verschiedene Terrorismusdelikte und das Zeigen von Hasssymbolen. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer Welle antisemitischer Angriffe in Sydney und Melbourne.

Neue gesetzliche Regelungen gegen Hassverbrechen

Die am Donnerstag verabschiedeten Gesetze verschärfen die Strafen für Hassverbrechen erheblich. Berufstätige müssen mit mindestens sechsjährigen Gefängnisstrafen für Terrorismusdelikte rechnen, während weniger schwerwiegende Hassverbrechen wie der öffentliche Nazi-Gruß mit mindestens 12-monatigen Haftstrafen geahndet werden.

Schaffung neuer Straftatbestände

Die Gesetzgebung führt zudem neue Straftaten ein, die sich gegen Bedrohungen von Gewalt oder Zwang gegenüber bestimmten Gruppen oder Personen richten. Dies bezieht sich auf Aspekte wie sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität, Behinderung, Religion oder ethnische Zugehörigkeit.

Hintergrund der Gesetzesänderungen

Die Änderungen wurden erstmals im letzten Jahr von der Laborregierung von Premierminister Anthony Albanese vorgeschlagen, im Zuge eines Anstiegs antisemitischer Angriffe und der Forderungen nach härteren Strafen für Täter.

Kritik an der Einführung von Pflichtstrafen

Ursprünglich umfasste der Gesetzentwurf keine verbindlichen Mindeststrafen, was Albanese früher vehement abgelehnt hatte. Diese Woche lenkte die Regierung jedoch ein, nachdem sie von Albaneses politischen Gegnern scharf kritisiert wurde, er tue nicht genug gegen Antisemitismus.

Reaktionen aus der Rechtsszene

Der Law Council of Australia äußerte sich äußerst enttäuscht über die Einführung verpflichtender Mindeststrafen. Der Rat betonte, dass solche Gesetze willkürlich seien und das Recht auf ein faires Verfahren einschränkten, indem sie Richtern verbieten, eine gerechte Strafe basierend auf den einzigartigen Umständen jedes Einzelfalls zu verhängen. Die Präsidentin des Rates, Juliana Warner, erklärte dies in einer Stellungnahme.

Unruhen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft

Viele der 117.000 Mitglieder der jüdischen Gemeinde Australiens äußern nach einer Reihe antisemitischer Angriffe in Sydney und Melbourne große Besorgnis. Dazu zählen Brandanschläge auf ein **Kindertagesstätte** und Synagogen sowie geschmierte Hakenkreuze auf Gebäuden und Autos.

Bedrohung der jüdischen Gemeinschaft

Ende Januar gaben die Behörden bekannt, einen möglichen „**Massenangriff**“ mit der Entdeckung eines mit Sprengstoff beladenen Anhängers im Nordwesten von Sydney vereitelt zu haben, wobei es „einige Hinweise“ gab, dass dieser gegen Ziele in der jüdischen Gemeinschaft gerichtet sein sollte.

Ermittlungen und Forderungen nach mehr Maßnahmen

Obwohl staatliche und föderale Ermittler speziellen Taskforces zugewiesen sind, um Festnahmen vorzunehmen, haben jüdische Führer verstärkt Maßnahmen von Regierungsbeamten gefordert. Die Behörden untersuchen mehr als ein Dutzend „ernsthafte Vorwürfe“ im Rahmen von über 166 Meldungen antisemitischer Angriffe, die seit Mitte Dezember eingegangen sind, als die Spezialoperation Avalite ins Leben gerufen wurde, um dem wachsenden Antisemitismus entgegenzutreten.

Zukünftige Schritte der Polizei

Die Polizei hat nicht nur die Verdächtigen im Visier, die für die Taten verantwortlich sind, sondern auch „ausländische Akteure“, die möglicherweise für deren Dienste gezahlt haben. Diese umfassenden Ermittlungen sollen sicherstellen, dass die Verantwortlichen für antisemitische Gewalt in Australien zur Rechenschaft gezogen werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at